

Jahresbericht 2016 über den Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung

2016 wurden der Kommission 19 080 Unregelmäßigkeiten zu Lasten des EU-Haushalts gemeldet, was einem Rückgang von 15 % gegenüber 2015 darstellt. Zudem verringerte sich das Schadensvolumen der Unregelmäßigkeiten von 3,21 Mrd. EUR 2015 um 8 % auf 2,97 Mrd. EUR 2016. In 1 410 Fällen der Gesamtzahl an Fällen handelte es sich um betrügerische Unregelmäßigkeiten, die einem Schadensvolumen von 391 Mio. EUR entsprachen.

Hintergrund

Gemäß Artikel 325 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hat die Kommission den Auftrag, jährlich einen Bericht über die Maßnahmen vorzulegen, die in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten getroffen wurden, um Betrug zu bekämpfen und für eine korrekte Verwaltung von EU-Mitteln zu sorgen. Die Kommission ist hierbei in großem Maße von der Zusammenarbeit und den von den nationalen Behörden übermittelten Daten abhängig, da diese [praktisch alle](#) Einnahmen der EU einziehen und etwa 74 % ihrer Ausgaben im Wege einer geteilten Verwaltung von EU-Programmen abwickeln.

Bericht der Kommission 2016

Am 20. Juli 2017 nahm die Kommission ihren [Jahresbericht 2016 über den Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung](#) an. Die Kommission gibt an, dass ihr 2016 19 080 betrügerische und nichtbetrügerische Unregelmäßigkeiten gemeldet wurden. Dies stellt einen Rückgang um 15 % gegenüber 2015 (Zahl der gemeldeten Unregelmäßigkeiten: 22 349) dar. Das Gesamtschadensvolumen der 2016 gemeldeten Unregelmäßigkeiten belief sich auf 2,97 Mrd. EUR, was einem Rückgang um 8 % gegenüber 2015 darstellt (3,21 Mrd. EUR). In 1 410 Fällen der Gesamtzahl an Fällen handelte es sich um betrügerische Unregelmäßigkeiten, die einem Schadensvolumen von 391 Mio. EUR entsprachen. Die Zahl der betrügerischen Unregelmäßigkeiten ging somit um 3,5 % zurück, das entsprechende Schadensvolumen um 39 % (2015 beliefen sich die finanziellen Auswirkungen auf einen Betrag in Höhe von 637,6 Mio. EUR). Fünf Mitgliedstaaten (Belgien, Zypern, Luxemburg, Malta und Finnland) meldeten keinen einzigen Fall von Betrug im Zusammenhang mit Ausgaben. Die meisten einschlägigen Fälle wurden in Rumänien (206), Polen (153) und Slowenien (100) gemeldet. Luxemburg, Portugal und Slowenien meldeten keinen einzigen Fall von Betrug im Zusammenhang mit Einnahmen. Die meisten einschlägigen Fälle wurden hier in Deutschland (93), Polen (92) und Frankreich (83) gemeldet.

Bericht des Haushaltskontrollausschusses

Am 26. März nahm der Haushaltskontrollausschuss seinen [Bericht](#) zum Bericht der Kommission an, der nun während der Plenartagung Mai I debattiert werden soll. Der Haushaltskontrollausschuss vertritt die Auffassung, dass die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten bei der Aufdeckung von Betrugsfällen nicht wirksam genug ist. Nicht alle Mitgliedstaaten haben nationale Betrugsbekämpfungsstrategien angenommen, und sie haben unterschiedliche Berichterstattungssysteme. Der Haushaltskontrollausschuss begrüßt die Annahme der [Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug](#) sowie die verstärkte Zusammenarbeit von 20 Mitgliedstaaten, die [beabsichtigen](#), eine Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) zu errichten. Er fordert die übrigen Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dieser Initiative ebenfalls beizutreten, und betont, dass es unbedingt einer effektiven Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, der EUSTa, [OLAF](#) und [Eurojust](#) bedarf.

EPRS Jahresbericht 2016 über den Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung

Mit Blick auf die Einnahmen äußert der Haushaltskontrollausschuss Sorge angesichts des zunehmenden Schadensvolumens der Betrugsfälle zu Lasten der traditionellen Eigenmittel der EU (Anstieg von 445 Mio. EUR auf 537 Mio. EUR zwischen 2015 und 2016) und der Tatsache, dass der Gesamtbetrag um 13 % höher liegt als der Durchschnitt für die Jahre 2012–2016. Besorgniserregend sind Verstöße gegen die Zollvorschriften, insbesondere die Zunahme des Tabaksmuggels, wodurch ein Verlust von jährlich 10 Mrd. EUR zu Lasten des EU-Haushalts und der nationalen Haushalte entsteht. Der Haushaltskontrollausschuss fordert die Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf, mehr Informationen über Betrug auszutauschen, und hebt hervor, dass Informanten und der investigative Journalismus eine wichtige Rolle spielen. Mehrwertsteuerbetrug und Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge sind Anlass zu besonderer Sorge. Diesem Problem könnte etwa durch eine Änderung der Rechtsvorschriften entgegengewirkt werden.

Initiativbericht: [2017/2216\(INI\)](#). federführender Ausschuss: CONT; Berichterstatter: Gilles Pargneaux (S&D, Frankreich).

